

Wirtschaft



Steuertipps
Hohe Arzt- und Zahnartztkosten können abgezogen werden. 13



Ein Plakat der Gewerkschaft Sinaltrainal mit drei getöteten Nestlé-Gewerkschaftern. Der Fall von Luciano Romero kommt nun in Zug zur Untersuchung. Foto: PD

Klage gegen Nestlé: Berliner Juristen testen das Schweizer Konzernrecht

Wie weit reicht in einem multinationalen Konzern die Haftung? Der Mord an einem früheren Nestlé-Gewerkschafter in Kolumbien dient als Testfall. Der Fall liegt bei der Staatsanwaltschaft in Zug.

Constantin Seibt

Es war fast Routine. Sie banden ihn auf einen Stuhl. Sie verhörten ihn. Sie töteten ihn mit 50 Messerstichen. Und warfen seinen Körper noch in derselben Nacht auf die gleiche Wiese, wo sie schon viele andere abgeworfen hatten.

Der Gewerkschafter Luciano Romero starb am 10. September 2005 in Valledupar, Kolumbien. Er war 46 Jahre alt, Vater von drei Töchtern, kein guter Redner und ein eher stiller Mensch.

Sein Tod war keine grosse Überraschung. Gewerkschafter ist in Kolumbien nur ein Beruf für mutige Leute. In den letzten 25 Jahren wurden über 2500 Gewerkschaftsleute umgebracht. Romero hatte seit Jahren Warnungen, Drohungen, Ratschläge bekommen. Sein Tod war quasi ein Routinefall.

Bis gestern Morgen. Denn gestern reichte das European Center for Constitutional and Human Rights in Zug eine Strafanzeige ein. Der ECCHR ist eine deutsche Organisation von Profjuristen, spezialisiert auf Pilotprozesse. Und die Anzeige richtet sich gegen fünf hohe und höchste Funktionäre von Nestlé: die 2005 in Kolumbien tätigen Manager Carlos Represas und Jean-Marc Duvoisin, den obersten Konzernjuristen Hans Peter Frick sowie gegen die damalige Konzernspitze: Konzernchef Peter Brabeck und Verwaltungsratspräsident Rainer E. Gut. Die Anzeige lautet auf «fahrlässige Tötung durch Unterlassung». Damit hat der Fall jede Routine verlassen: Es gibt europaweit keinen gleichartigen.

Das Ende einer Partnerschaft

Die Hintergründe des Falls liegen laut der 110-seitigen Strafanzeige bei der Nestlé-Fabrik Cicolac. Diese liegt in Valledupar, einer 400 000 Einwohner zählenden, armen und unauffälligen Stadt in der Provinz Cesar. Das Hauptgeschäft der Region ist Viehzucht - die entscheidenden Leute sind Grossgrundbesitzer. Nestlés Milchverarbeitungsfabrik war nicht nur ihr grösster Geschäftspartner, sondern auch einer der wichtigsten Arbeitgeber der sonst weitgehend arbeitslosen Stadt.

Nestlé galt als beliebter Arbeitgeber: mit hohen Löhnen und guten Sozialleistungen. Im Frühling 2002 fing sich dies zu ändern an. Nestlé verlängerte den Vertrag mit der Gewerkschaft Sinaltrainal nicht mehr. Diese plante den Streik.

Die Nestlé-Direktoren informierten die Viehzüchter. Erstens könne man bei

den hohen Löhnen den Milchpreis nicht mehr zahlen. Zweitens drohte man, die Fabrik zu schliessen.

Darauf bekamen die Gewerkschafter Ärger. Denn die Grossgrundbesitzer haben enge Verbindungen zu den Paramilitärs. Diese, «autodefensas» (Selbstverteidiger), genannt, waren als Schutztruppe gegen die linken Guerrillas der ELN und Farc gegründet worden - und beherrschen das Tal. Neben dem Schutz der Grossgrundbesitzer ist ihr Hauptgeschäft das Eintreiben illegaler Steuern und der Drogenschmuggel. Der Grund, warum sie von den USA als «terroristische Vereinigung» eingestuft werden.

Die Antwort auf den Streikplan der Gewerkschaften waren Todeslisten mit den Namen der Gewerkschaftsführer. Die Gewerkschaft blies den Streik ab.

Es war der Anfang vom Ende der bisherigen Cicolac-Fabrik. Im Sommer 2002 gewann der rechtsautoritäre Álvaro Uribe die Präsidentschaftswahl. Ins Arbeitsministerium berief er zwei Nestlé-Managerinnen. Darauf wurde ein kleiner Streik im Voraus für illegal erklärt. Nestlé feuerte neun Gewerkschafts-bosse, darunter Luciano Romero.

Die Gewerkschaft rächte sich, indem sie Nestlé wegen Falschetikettierung von abgelaufenem Milchpulver anzeigte. Nestlé zahlte eine hohe Busse und feuerte die Arbeiter, die im Verdacht standen, die Anzeige erstattet zu haben.

2003 dann verkaufte Nestlé 50 Prozent der Fabrik an einen neuseeländischen Konkurrenten. Sie benannte Cicolac in DAP um und entliess die gesamte Belegschaft.

Die Neueingestellten erhielten wesentlich weniger Lohn - die neuen Temporärarbeitskräfte nur ein Drittel. Von der aufsässigen Gewerkschaft Sinaltrainal war niemand mehr dabei.

Die Fabrik stand keine Minute still. Und sie produzierte dasselbe wie vorher: Nestlé-Produkte. Aber die Firma hatte ihr Gewerkschaftsproblem gelöst.

Angekündigte Tode

Das Problem hatten andere: die entlassenen Gewerkschafter. Denn ein Arbeitsvertrag gewährt einen gewissen Schutz. Die meisten wurden erst nach der Entlassung ermordet.

Die Gewerkschaft verlangte Schutz. Ihr Problem war, dass das Schutzprogramm der Regierung durch den Geheimdienst DAS ausgeführt wurde: Dessen damaliger Chef, Jorge Noguera

wurde 2011 wegen Zusammenarbeit mit den Paramilitärs und mehrfachen Mordes zu 25 Jahren Haft verurteilt.

Auf die Hilferufe der Gewerkschaften folgte hektische Diplomatie; 2003 flog sogar Brabeck ein und schlug den Gewerkschaften einen Gipfel mit Noguera vor. Die Gewerkschaft lehnte ab.

Danach passierte nichts Aussergewöhnliches. Todesdrohungen, Appelle der Gewerkschaft in Kolumbien und der Schweiz (wo sich Nestlé stets weigerte, zu reden), dafür Bekenntnisse zur Gewerkschaftsfreiheit durch Nestlé. Das konkrete Angebot blieb - laut Strafanzeige - minimal: Der Konzern versprach, bei der Organisation von Auslandsvisa für bedrohte Ex-Angestellte zu helfen.

Die Frage der Haftung

Dass Luciano Romeros Fall berühmt wurde, lag an etwas Aussergewöhnlichem: Er ist einer der sehr seltenen Fälle, die aufgeklärt wurden. Bei den 13 bis heute ermordeten Nestlé-Gewerkschaftern ist dies einzigartig.

Romero war in seinem Nebenjob als Taxichauffeur auf ein Grundstück der Paramilitärs gelockt worden. Nach seinem Tod ermittelte die Polizei zunächst in alle anderen Richtungen: Raubmord, Eifersuchtstat, Kassieren der Lebensversicherung durch die Familie. Aber dann tauchte das Taxi des Toten wieder auf. Die Polizei entdeckte bei einer Razzia in einer Autogarage durch Zufall die Türen. Der Besitzer verlor die Nerven und verriet die Verkäufer.

Romeros Mörder wurden 2007 verurteilt, ihr Paramilitär-Kommandant 2010. (Sein Nachruf auf Romero: «Das ist unwichtig, er war ein Gewerkschafter, ein wilder, verrückter.») Aufsehenerregend war vor allem die Empfehlung des Richters im ersten Fall. Er wies die Staatsanwaltschaft an, Richtung Polizei, Geheimdienst, aber auch Nestlé-Management zu ermitteln.

Der Grund: Romero bereitete sich in den Wochen vor seinem Tod gerade darauf vor, an einem öffentlichen Tribunal gegen Nestlé in Bern auszusagen.

Die Ermittlungen verliefen zwar im Sand. Aber nun taucht der Fall wieder in Zug auf. Die ECCHR-Juristen nennen dafür zwei Gründe: erstens, um die Straflosigkeit für derartige Morde in Kolumbien zu unterbinden. Zweitens, um auszutesten, wie weit in einem multinationalen, zentral gesteuerten Konzern die Haftung reicht.

Die Strafanzeige wirft Nestlé zwei Dinge vor. Erstens: inmitten der Mordserie an Gewerkschaftern ihre Schutzpflicht vernachlässigt zu haben: da Ermordung für diese zu den «betriebstypischen Risiken» gehört habe. Zweitens Benzin ins Feuer gegossen zu haben: 1999 nannte ein Nestlé-Direktor nach einem Bombenanschlag bei Cicolac ohne Beweise Romero als Guerillero und Täter; dann dadurch, dass Nestlé den Grossgrundbesitzern mit Verdienstausschlag wegen der Gewerkschaft drohte.

Das war für diese hochgefährlich. Denn im Publikum befanden sich mindestens zwei damals berühmte und später verurteilte hochrangige Paramilitärs - einer davon der Gouverneur.

Ausserdem zahlte Nestlé (wie ein reuiger Kommandant 2007 erklärte) Schutzgelder an die Paramilitärs. (Was Nestlé bestreitet.) Und die entscheidenden Leute - die Direktoren in Kolumbien - distanzieren sich erst 2009 öffentlich von Drohungen gegen Gewerkschafter.

Juristisches Neuland

Wie weit die Zuger Staatsanwaltschaft die Argumentation übernimmt, ob und gegen wen sie Anklage erhebt, ist völlig unklar. Sowohl zur Schutzpflicht in Krisenregionen als auch zur Haftungskette in multinationalen Konzernen gibt es kaum Präzedenzfälle. «Dass wir gegen Nestlé klagen, liegt nur an einem: Es ist ein gut dokumentierter Fall», so die Anwältin Claudia Müller-Hoff. «Es geht darum, die Rechtsprechung zu klären. Das ist unser Job. Denn das passiert wegen der hohen Kosten normalerweise nicht: Denn wo kein Kläger, da kein Richter.»

Ihren Job und die Möglichkeiten des Konzernrechts werden die ECCHR-Juristen auch öffentlich diskutieren: heute im Weissen Wind in Zürich, morgen in der Universität Bern. Je um 19 Uhr.

Nestlé reagierte mit einem kurzen Communiqué: «Nestlé verurteilt kategorisch jegliche Gewalt und weist sämtliche Anschuldigungen im Zusammenhang mit Gewalttaten zurück. Es ist allgemein bekannt, dass die Gewerkschaft Sinaltrainal Nestlé schon vorher Mittertatschaft an der Ermordung von Gewerkschaftsvertretern vorgeworfen hat, diese Anschuldigungen jedoch nie belegen konnte. Die Gewerkschaft hat keinen der rechtlichen Schritte gegen Nestlé gewonnen, weder in Kolumbien, noch in den USA oder vor der International Labour Organization.»

Glencore erhöht Angebot an Xstrata nicht

2,8 Glencore-Aktien pro Xstrata-Titel seien ein faires Angebot in einer Fusion unter Gleichen, findet Glencore-Chef Glasenberg.

Andreas Flütsch

Glencores Aktionäre profitieren wie Ivan Glasenberg von steuerfreien Dividenden. Glencore selbst hat dagegen seit dem Börsengang über 20 Prozent an Wert eingebüsst. Der Fusionspoker zwischen den beiden im Kanton Zug ansässigen Rohstoffriesen Glencore und Xstrata geht derweil in die nächste Runde: Der weltgrösste Rohstoffhändler Glencore will den milliardenschweren Zusammenschluss mit dem Bergbaukonzern Xstrata ohne weiteren Preisaufschlag durchziehen. «Wir sind überzeugt, dass es ein faires Geschäft ist, fair für alle Aktionäre», sagte Glencore-Chef Ivan Glasenberg gestern bei der Präsentation des Jahresergebnisses 2011.

Obwohl es ein Zusammenschluss unter Gleichen sei, entspreche das Aktientauschverhältnis - von 2,8 Glencore-Aktien für einen Xstrata-Titel - einem deutlichen Aufpreis auf die Xstrata-Papiere, sagt Glasenberg. Zudem gingen die meisten Führungspositionen in dem neuen Konzern an Xstrata-Manager. So soll Xstrata-Chef Mick Davis auch Chef des fusionierten Konzerns «Glenstrata» werden. Auch den Verwaltungsratspräsidenten und den Finanzchef soll Xstrata stellen dürfen. Einige Xstrata-Grossaktionäre hatten dennoch bemängelt, dass der viertgrösste Bergbaukonzern zu niedrig bewertet werde. Sie wollen deshalb gegen die Fusion stimmen. Ob sie die nötige Sperrminorität von rund 16 Prozent erreichen werden, ist indes zweifelhaft.

Die bereits von den Führungsspitzen beider Firmen vereinbarte Fusion hat nach gegenwärtigem Kurs ein Volumen von rund 37 Milliarden Dollar. Es wäre der grösste Zusammenschluss in der Branche seit 2007, als der australische Bergbaukonzern Rio Tinto den Aluminiumkonzern Alcan für 38 Milliarden Dollar übernahm und damit eine neue Rekordmarke setzte. Glencore ist mit 34 Prozent schon jetzt grösster Aktionär von Xstrata. Beide Unternehmen haben ihren Sitz im Kanton Zug.

Glencore profitierte im Geschäftsjahr 2011 von den weiterhin hohen Rohstoffpreisen (siehe Tabelle). Und auch für das laufende Jahr ist Ivan Glasenberg optimistisch: Die Marktbedingungen hätten sich weiter verbessert. Die Urbanisierung in den Schwellenländern lasse zudem die Rohstoffnachfrage pro Kopf stetig ansteigen.

Kommt die Anfang Februar angekündigte Fusion mit Xstrata zustande, kann Glencore die lukrative Eigenproduktion von Rohstoffen weiter ausbauen.

Steuerfreie Dividende

Glencore nutzt die Vorteile der Anfang 2011 eingeführten Unternehmenssteuerreform. Diese erlaubt steuerfreie Ausschüttungen aus früher einbezahlten Kapitalreserven (Agio). Deshalb werfen 692 Mio. Franken Dividenden in der Schweiz keine Steuern ab. Von dieser Summe stehen Glencore-Chef Ivan Glasenberg, der 15,8 Prozent am weltgrössten Rohstoffhändler mit Sitz in Baar hält, 109 Mio. Dollar (rund 99 Mio. Franken) zu. (bwi)

Glencore

in Mrd. Dollar	2010	2011	Veränd. in %
Umsatz	145	186	28,3
Betriebsgewinn (Ebit)	5,3	5,4	1,9
Konzerngewinn	3,8	4,1	6,8
Freie erarbeitete Mittel *	-4,6	-4,0	-13,0
Dividende (in Dollar)	k.A.	0,15	-
Personalbestand	57656	k.A.	-

* aus Operativer und aus Investitionstätigkeit
TA-Grafik mt / Quelle: Oerlikon